

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 19893. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4506

Inseratenpreise: Die 7 gelbete Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Blauvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbete Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wahnsinnspolitik rechts und links!

Berlin, 22. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Halle: Der Streik im Mansfelder Bergbau dehnt sich andauernd weiter aus. Die mehrheitlich sozialistische Partei und die Gewerkschaften bemühen sich, die Bevölkerung zu beruhigen. Die Mehrheitssozialisten bieten sich als Vermittler an zwischen den Streikenden und den Behörden, d. h. zwischen der kommunistischen Partei und dem Oberpräsidenten Hörsting. Die mehrheitlich sozialistische Partei betont, daß der Streik nicht am Plage sei, daß Hörsting aber in seinen Maßnahmen zu weit gegangen sei, denn er sehe die Gefahren auf den Arbeitsstätten als zu schwarz an. Was die Polzeiaufgebote betrifft, so werden 360 Mann Schutzpolizei nach Eisleben geleitet, 240 nach Seitzfeld und 100 nach Teutschenthal. Auch das Gestell ist besetzt. Mehrere Hundertschaften sind von Berlin aus in das Industriegebiet beordert worden. Die kommunistische Zeitung in Halle, der Klassenkampf, fordert die Proletarier zu offenem Kampfe auf. Der Klassenkampf teilt mit, daß sich am vergangenen Mittwoch Eiserich und Ehrhardt in Naumburg getroffen hätten und daß zwei Tage später Hörsting mit seinem Stab in Merseburg eine Beratung abgehalten hat. Die Folge dieser Besprechung sei die harte Belegung des mitteldeutschen Industrieregions mit Polizei gewesen. Unter der Arbeiterschaft Halle's ist die Neigung zum Generalstreik gering.

Der Rechts-„sozialist“ Hörsting heft seine Sipo auf das Proletariat Mitteldeutschlands. Unter dem scheinbaren Vorwand der zunehmenden Unsicherheit im Mansfelder Industriegebiet und des Terrors „ausländischer Elemente“, dem die armen Arbeiter in immer stärkerem Maße ausgesetzt seien, hat er am Sonnabend etwa 800 Mann Schutzpolizei in das Mansfelder Revier beordert, die einige Industrieorte besetzt haben. Die glorreiche Zeit Roskes scheint wieder lebendig geworden zu sein. Zur gleichen Zeit, da die Reaktion in Bayern ihre Orgesch-Orgeien feiert und trotz Lob und Teufel, trotz Ententefunktionen und Entwaffnungsgesetz ihre Waffen zur Niederhaltung des Proletariats behält, rückt die Sipo in Mitteldeutschland ein, um die bayrischen Methoden auch dahin zu verpflanzen.

Und während so auf der einen Seite eine unverantwortliche Gewaltpolitik getrieben wird, gefällt sich die andre Seite in einer ebenso unverantwortlichen und provokatorischen Hegelpolitik. Die Rote Fahne, die für ihre täglichen, mit baumbäulen Lettern gedruckten Aufrufe beim Ausschreiben täglich neuer Parolen ihre Lungenkraft erschöpft hatte, wartete mit einer Blödsinnigkeit, die den Verdacht rechtfertigt, daß ihr die Weisheit von außen gekommen sei, mit einer neuen Parole auf: der Aufforderung an die Arbeiter, sich zu bewaffnen — wobei sie wohlweislich verschwiegen, woher die Arbeiter sich die Waffen verschaffen sollen.

Die betreffende Nummer der Roten Fahne, in der der Aufruf zu den Waffen veröffentlicht war, wurde höchst überflüssigerweise beschlagnahmt, worauf die Rote Fahne natürlich den Aufruf in ihrer nächsten Nummer wiederholte, die ebenfalls prompt der Beschlagnahme verfiet. Aber die Rote Fahne blieb Sieger in ihrem Kampf gegen den Staatsanwalt und setzte ihre Aufrufe mit noch dickeren und blutrünstigeren Lettern fort.

Es ist die unershörteste und gewissenloseste Politik, die da von den Kommunisten getrieben wird. Nachdem sie einen Teil der Arbeiterschaft in revolutionäromantische Träume gewiegt haben und den Boden gut vorbereitet glauben, heßen sie die Arbeiter in einen Kampf hinein, der, zersplittert und ohnmächtig, wie das Proletariat jetzt ist, mit einer sicheren Niederlage und der Aufrichtung einer reaktionären Gewaltherrschaft in Deutschland enden muß.

Herr Hörsting scheint dieses Ergebnis bereits vorwegzunehmen, die offene Gewaltherrschaft in Mitteldeutschland etablieren zu wollen. Die Kommunisten und das von ihnen beherrschte Gewerkschaftstaktik haben, ohne sich vorher mit unsrer und der rechtssozialistischen Partei zu verständigen den Generalstreik für das Mansfelder Revier proklamiert. Und wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterschaft sich die Provokation Hörstings nicht gefallen lassen darf, aber wir können die kommunistischen Methoden, frischweg einen Generalstreik zu proklamieren, ohne Befragung der Arbeiter, ohne das Einverständnis mit den Arbeiterparteien, ohne den Versuch zu machen, zunächst auf dem Wege der Verhandlungen die Zurückziehung der Schutzpolizei durchzusetzen, nicht mitmachen. Die Kommunisten treiben ihre alte Taktik: zuerst zersplittern und schwächen sie die politische und gewerkschaftliche Kraft des Proletariats — und gerade im mitteldeutschen Industriegebiet sind die Verwüstungen, die sie angerichtet haben, am größten —, dann versuchen sie, es zu einer Aktion aufzuputtschen, die natürlich infolge ihrer Zersplitterungsarbeit scheitern muß. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, uns von den Kommunisten in das Schlepptau ihrer Wahnsinnspolitik nehmen zu lassen und fordern die Arbeiter auf, wie es der kommissarische Vorstand des Gewerkschafts-taktik's Halle bereits getan hat, sich weder von rechts noch von links provozieren zu lassen, sondern nur den Ruf zu folgen, die von der Gesamtvertretung der Arbeiterschaft ausgehen. Es finden bereits Verhandlungen mit Hörsting statt: und von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welche Schritte dem kommissarischen Gewerkschaftstaktik im Einverständnis

mit unsrer Partei weiter unternommen werden. Bis dahin gilt es, Ruhe zu bewahren und sich nicht zu unbedachten Schritten verleiten zu lassen.

Die unverantwortliche Putschpolitik der Kommunisten.

Berlin, 22. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Rote Fahne enthält heute morgen einen neuen Aufruf, in dem sie zum Protest gegen die Verhaftung des Vorsitzenden der Berliner Organisation, Fricoland, auffordert. Am Dienstag, dem 24. März, abends 7 Uhr, soll in vier großen Versammlungsräumen gegen die Provokationen der Gegenrevolution, gegen den Terror in Mitteldeutschland und gegen die Verhaftung des Führers Protest erhoben werden.

Die Freiheit bemerkt zu diesem Schreiben der Roten Fahne unter der Überschrift: „Nicht euch nicht provozieren“: Dieses Treiben ist Wahnsinn. Während in dem Aufruf der Roten Fahne die unbewaffneten Arbeiter aufgefordert werden, mit der Waffe in der Hand die Gegenrevolution niederzuschlagen, wird im Leitartikel angegeben, daß keine rote Armee existiert. Die Bolschewiken wissen also, daß die Arbeiter waffenlos sind, sie erzählen selbst, daß die Gegenrevolution wohlorganisiert und wohlbewaffnet ist, und in demselben Augenblick fordern sie die Arbeiter zum bewaffneten Kampf auf. Das ist die Konfusion auf dem Gipfel, das Beweist nur, daß die Kommunisten mit ihrer Politik völlig fertig sind und deshalb noch einen Verzweiflungskampf versuchen, ihre Partei zu retten, indem sie sinn- und zwecklos Arbeiterleben opfern. Zugleich zeigt es deutlich, daß die Kommunisten auf Druck von außen hin handeln. Der russische Bolschewismus bedarf einer Stärkung, deshalb soll in Deutschland wieder einmal geputst werden.

Auch in Hamburg heft die kommunistische Partei ihre Anhänger in den Kampf, und das in noch schärferen Tönen und mit noch unverantwortlicheren Mitteln, wie aus folgendem Telegramm hervorgeht:

Hamburg, 21. März. Die kommunistische Partei Hamburgs fordert die Arbeiter auf, ein dreitägiges Ultimatum auf Entwaffnung der Orgesch an die Regierung zu richten und bei Nichterfüllung sofort in den Generalstreik zu treten. Die Arbeitslosen werden aufgefordert, die Betriebe zu besetzen. Die Arbeiter sollen sich Waffen verschaffen, wo sie können, und die Orgesch entwaffnen, wo es möglich ist.

Eine neue Kampfanlage der bayrischen Orgeschleute.

München, 22. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie nicht anders zu erwarten war, stellt man sich in Bayern auf den Standpunkt, daß die Einwohnerwehren nicht unter das neue Entwaffnungsgesetz fallen. Die kirchliche bayrische Volkspartei-Korrespondenz schreibt: „Nach dem neuen Reichsgesetz wird auch die oberste bayrische Landesbehörde zu prüfen haben, ob (!) in Bayern Vereinigungen bestehen, die nach ihrer Satzung und nach ihrem Verhalten zu Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages in Widerspruch stehen. Diese Prüfung kann nur zu dem Ergebnis führen, daß Selbstschutzorganisationen, die lediglich ein Werkzeug zur Unterstützung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutze von Leben und Eigentum ruhiger Bewohner sind, nie und nimmermehr unter das im Friedensvertrage ausgesprochene Verbot und daher auch nicht unter das neue Gesetz fallen können. Wenn für einen schlecht unterrichteten und böswilligen Beobachter und Kritiker manchmal der Schein (!) bestand, als ob in unsern Selbstschutzorganisationen irgend etwas getrieben würde das mit der Vorbereitung auf das Kriegshandwerk etwas zu tun hat, so werden unter den nunmehrigen Umständen unsre Selbstschutzorganisationen bestrebt sein müssen, alles zu vermeiden, was auch nur einen solchen Schein erwecken könnte.“

Damit ist also schon gesagt, daß die Einwohnerwehren höchstwahrscheinlich ihre bisherigen Schließungen einstellen werden und die Wehrmänner sich nun nur noch zu Hause in ihren vier Wänden an dem Befehl ihres militärischen Gewehrs 98 erfreuen werden.

Die München-Augsburger Abendzeitung schreibt: „Nun hat Bayern wieder das Wort. Oder nicht? Nein. Bayern braucht nicht zu reden, das Reich trägt die Verantwortung, es wird sich hüten vor einem Eingriff und Angriff auf Bayern um der deutschen Ehre vor der Welt willen. Bayern braucht nicht zu reden, nur zu stehen, ruhig, entschlossen, unentwegt. Hand weg von der Einwohnerwehr! Sie bleibt Bayerns Schutz.“

Wird die Reichsregierung nun endlich gegen die bayrischen Orgesch-Rebellen einschreiten? Oder wird sie auch weiterhin ruhig zusehen, wie die Elchische ihr freudhaftes Spiel zum Schaden des deutschen Volkes fortsetzen.

Die Bergarbeiter zur Ueberstichtungsfrage.

Böhm, 22. März. (V. B.) Hier tagte gestern eine Konferenz der Bergarbeiter, die beschloß, die Regierung um Einleitung neuer Verhandlungen in der Ueberstichtungs- und Lohnfrage zu ersuchen.

Politik?

W. O. In Deutschland wird die Außenpolitik angeblich vor einem Minister gemocht, der weder eine Parlamentariermehrheit hinter sich hat, noch hinter seinen Plänen die Minderheitsparteien vereinigt, die heute die Regierungskoalition bilden. Von Levi bis zu Wels hat die Linke einmütig — wenn auch mehr oder minder scharf — Kritik an der Außenpolitik der Regierung geübt. Von Herrn Helfferich bis zu Herrn Stinnes hat die Rechte das Verhalten des Herrn Simons in Grund und Boden verdammt. Auch im Zentrum — vor allem in der Germania — ist manches Wort der Kritik laut geworden. Eigentlich nur das hilflose Häuflein der Demokraten hat sich für Herrn Simons eingekleidet. Diese Tatsache kann durch noch so sorgfältig formuliertes Pseudovertrauensvotum aus der Welt geschaffen werden. Es steht der Satz fest: Der Führer der deutschen auswärtigen Politik besitzt für seine politischen Ziele, soweit diese von ihm überhaupt konsequent vertreten werden, keine Mehrheit im Parlament. Er ist also genötigt, in allerweitestem Maße innerpolitische Rücksichten zu nehmen und seine außenpolitischen Ziele stets danach zu revidieren, ob durch sie der Bestand der Regierung nicht innerpolitisch gefährdet wird.

In Frankreich ist die Situation nicht wesentlich anders. Auch Herr Briand hat für seine wahren außenpolitischen Ziele, die zweifellos nicht in der Linie der Sanktionspolitik liegen, keine Kammermehrheit. Auch er muß jonglieren und balancieren, muß aus innerpolitischen Rücksichten seine politischen Absichten revidieren und umstellen.

In England selbst ist das Bild noch nicht so ausgeprägt, schon deshalb nicht, weil dieses politisch geschulte Volk noch niemals innerpolitische Rücksichten bei der Festlegung seiner Außenpolitik gekannt hat.

Es ist kein Zweifel, daß es sich bei diesen politischen Situationen in Deutschland und Frankreich um völlig ungesunde Zustände handelt. Das Schlimmste der Londoner Konferenz ist zum nicht geringen Teil auf diesen ungesunden Zustand zurückzuführen, daß zwei der wichtigsten Unterhändler anstatt ihr Augenmerk auf die klaren Notwendigkeiten der außenpolitischen Situation zu lenken, mit grenzenloser Verbildung nur auf die innerpolitischen Wettergelder starrten. Herr Briand weiß sehr wohl, daß er niemals 226 Milliarden Goldmark weder in dreißig, noch in vierzig oder fünfzig Jahren aus Deutschland herauspressen wird, aber er kennt auch die zerstückten Gruben Nordfrankreichs, die wüstliegenden Gebiete der Champagne, er weiß, daß die Bevölkerung dieser Gebiete die Wiedergutmachung der Schäden, die sie an Leib und Gut erlitten hat, fordert. Er weiß sogar, daß kapitalistische Interessenten es verstanden haben, diese bis aufs letzte berechnete Forderung der schwergeprüften Bevölkerung in einen Zahlenrausch umzusetzen, von dem sie viel weniger den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung als ihre privaten Wiederaufbaugewinne erwarten. Herr Briand kennt sehr wohl diese Schließpraktiken, und was ihm daran noch unverständlich sein sollte kann der archaische Wiederaufbauminister Loucheur, der sich bisher als eifriger Mäler gegenüber Deutschland erwiesen hat, ihm mit Leichtigkeit erklären. Aber Herr Briand hat nicht den Mut, in der Öffentlichkeit diese seine Erkenntnisse auszusprechen, obwohl er weiß, daß damit von seiner Seite der erste große Schritt zur Lösung der Wiederaufbaufrage getan wäre. Ihm fehlt der Mut zur Politik des Notwendigen, er geht er den Weg zur Politik des Bequemen. Er hat nicht Rückgrat genug, einer Volkstimmung, die durch kapitalistisch-terroristische Propaganda geistert ist, im Interesse der Wahrheit entgegenzutreten. Deshalb führt er diesen politischen Irrtum und schmeißt den Massen mit Versprechungen, von deren Unerfüllbarkeit er überzeugt, deren wirtschaftliche und politische Sinnlosigkeit, Zwecklosigkeit, ja Schädlichkeit ein aufrichter politischer Führer dem französischen Volke mit wenigen Worten klarmachen könnte.

Und bei uns? Dasselbe Spiel! Herr Simons ist klug genug, zu wissen, daß der verlorne Krieg uns Lasten auferlegt, die bis an die letzte Grenze unsrer Leistungsfähigkeit gehen. Herr Simons weiß, daß kein noch so geschickter politischer Schachzug, kein Schleichtweg, keine Hintertreppe uns um diese geschichtliche Notwendigkeit herumbringen wird. Herr Simons kann auch nicht so töricht sein, nicht zu wissen, daß der weitaus größte Teil des deutschen Volkes im tiefsten Innern sich der Tatsache bewußt ist, daß wir als Erben der freudhaften kaiserlichen Politik die Pflicht der Wiedergutmachung der durch den Krieg angerichteten Schäden in weitem Umfange haben. Herr Simons weiß sehr wohl, daß er, wenn er den Mut zur Wahrheit fände, nach kurzem Kampf die Irrgeführten, die heute durch die kapitalistisch-nationalistische Agitation zu dem Wahn gebracht werden, sich der politischen Notwendigkeit entziehen zu können, daß er diese Irrgeführten unter Beistand der deutschen Arbeiterschaft zu einer Politik der Versöhnung und des Ausbaues gewinnen könnte. Aber auch Herr Simons hat nicht den Mut zu klarer Außenpolitik, sondern er schwankt ziel- und querlos auf den Wegen der kapitalistischen Interessen um